69. Jahrgang Nr. 280

Morgen-Ausgabe

Freitag, 17. Juni 1921

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen und Anhalt M. 1.90 wöchentlich, M. 8.— monatlich im voraus zahlbar; bei Postbezug monatlich M 8.— und vierteljährlich M. 24.— einschliesslich Zustellung. Insertionspreis die Zeile M. 5.—; Familien-Anzeigen für Abonnenten M. 1.50 die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort M. 1.—, das fettgedruckte Wort M. 1.50. — Abonnements und Anzeigen nehmen auch die nachstehend aufgeführten Filialen entgegen. Redaktion und Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Strasse 46—49. Fernsprecher: Zentrum Nr. 10131—10144; für den Fernverkehr Nr. 14207—14209. Telegramm-Adresse: „Vauzet", Berlin. Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Str. 67-68, Wiener Strasse 1-6, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 346, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 197, Kochhannstrasse 9, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4,
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Rheinsberger Str. 79, Fennstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthaler Strasse 48, Rathenower Str. 3, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 33, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 59, Blücherstr. 69, Fidicinstr. 9; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 39, Nürnb. Str. 25-26, Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 47, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Str. 247-48; Pankow: Bornholmer Str. 1, Schulstr. 28; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Strasse 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weissensee: Streustr. 126, Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schlossstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Strasse 23; Spandau: Breite Strasse 47; Stettin: Paradeplatz 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Rathenau über Wiesbaden.

Die Lieferung der Holzhäuser. — Die Finanzierungsfrage. — Die Sachleistungen. — Die Schaffung der großen deutschen Wiederaufbauorganisation.

Der Reichsminister für Wiederaufbau, Dr. Rathenau, gab gestern im Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrats unter anderem folgende Erklärungen ab:

Ich habe die Ehre, Ihnen die Grundzüge der Aufgaben darzulegen, die sich an den Wiederaufbau Frankreichs knüpfen. Sie wissen, daß eine Reihe von Aufträgen schweben. Es handelt sich zunächst um eine Anzahl von Holzhäusern, die ursprünglich auf 25 000 beziffert war und möglicherweise auch auf diesen Betrag kommt. Im Augenblick ist die Zahl der Häuser, die in Verhandlung steht, kleiner; es wird sich zurzeit etwa um 5000 handeln. Die französische Kommission reist in Deutschland umher, um Modelle zu besichtigen, und es ist möglich, daß der Auftrag demnächst erteilt wird. Preisdifferenzen schweben noch. Dieser Auftrag, den ich als einen Vorauftrag bezeichnen möchte, ist in seiner materiellen Bedeutung nicht zu überschätzen. Es wird sich um eine Größenordnung von

höchstens zehn oder zwölf Millionen Goldmark

handeln.

Die Grundsätze, von denen wir auszugehen haben, wenn wir das Reparationsproblem betrachten, sind in erster Linie gegeben durch die Frage, in möglichst weitem Umfange die uns auferlegten Gold- beziehungsweise Devisenleistungen in Sachleistungen zu verwandeln. Hier begegnet die erste Schwierigkeit. Die Leistungen sind hauptsächlich für Frankreich bestimmt, und Sie wissen, daß sich Frankreichs Anteil an den Reparationsforderungen der Alliierten nur auf 52 Prozent beläuft, das heißt, wenn wir für die ersten Jahre den Umfang unserer Leistungen auf etwa 3¼ Milliarden schätzen, daß ein Ausmaß von etwa 1,6 Milliarden auf Frankreich entfällt. Dieses Ausmaß bietet also die obere Grenze dessen, was Frankreich ohne besondere Finanzverabredungen in einem Jahre maximal an deutschen Lieferungen aufnehmen könnte unter der Voraussetzung, daß Frankreich bereit wäre, seine gesamten Forderungsrechte in Sach- oder Arbeitsleistungen zu empfangen. Das wird aber Frankreich kaum zuzumuten sein; denn Frankreich hat einen erheblichen Bedarf an Gold beziehungsweise Devisen.

So entsteht die erste Frage:

Wie ist es möglich, den, wenn ich mich so ausdrücken darf, Platzregen, der an Materialbedürfnissen über Frankreich hereinbricht, wenn die Reparation in drei oder vier Jahren beendet sein soll, — wie ist es möglich, diese gewaltige Masse so zu kanalisieren, daß sie nicht die Jahresaufnahmefähigkeit Frankreichs an Reparationsleistungen erheblich übersteigt?

Das wird zu Finanzproblemen führen, die eines besonderen Studiums bedürfen. Die zweite Aufgabe besteht darin, daß wir versuchen müssen, den Index von 26 Prozent durch eine andere Vereinbarung zu ersetzen. Im Ultimatum selbst ist die Möglichkeit vorgesehen, daß das geschieht, und ich glaube, daß die Erkenntnis sich diesseits und jenseits der Grenzen durchsetzt, daß der gegenwärtige Index von 26 Prozent auf die gesamte deutsche Ausfuhr kein glücklicher Maßstab ist.

Damit hängt eng zusammen das Problem der Goldleistung oder — für Gold ist immer das Wort Devisen zu setzen, da das effektive Gold ja nicht vorhanden ist — der Devisenleistung von einem Lande zum anderen in diesem gewaltigen Ausmaß. Ich glaube, daß es möglich und nötig ist, dafür zu sorgen, daß das hastige Devisenkaufen, das uns gegenwärtig obliegt, aufhört. Auch wenn wir imstande sein sollten, diese Devisenmengen aufzubringen, wird die Folge sein eine vollkommene Zerrüttung des internationalen Geldmarktes. Schon heute ist es der Fall, daß durch Devisenkäufe der Dollar zeitweilig über 70 Mark gestiegen ist. Das ist nicht nur schädlich im deutschen, sondern auch im französischen Interesse. Ich glaube also, daß auch darüber Verständigungen getroffen werden müssen, einerseits, daß

nicht der Dollar als alleiniges Zahlungsmittel

gilt, sodann daß die Devisenzahlungen überhaupt in eine Form gebracht werden, sei es durch zeitliche Verschiebungen, sei es durch andere Kompensationen, die es dem internationalen Markt ermöglichen, sich zu erholen.

Dies, meine Herren, sind die Grundsätze, von denen wir auszugehen haben, wenn wir das französische Problem betrachten. Es gliedert sich nun in eine Reihe von Einzelgebieten. Das erste Gebiet ist das der Sachleistungen. Dabei wird die Preisfrage die größte Rolle spielen. Es wird sich darum handeln, einen Maßstab zu finden, der Preisfestsetzungen in gerechter Weise ermöglicht und gewährleistet, daß die französische Industrie nicht in die Lage kommt, sich darüber zu beschweren, daß die Leistungen, die Deutschland macht, erheblich teuerer sind, als sie in Frankreich sein würden.

Neben der Preisfrage erhebt sich die Finanzierungsfrage. Wenn wir einen großen Teil der französischen Jahresleistungen zu uns herüberkanalisieren wollen, so können wir von Frankreich nicht erwarten, daß es in einem Jahre gänzlich auf Devisenempfang verzichtet oder uns gegenüber ins Debet kommt, indem wir ohne vorherige Vereinbarung mehr liefern, als Zahlungsansprüche in dem betreffenden Jahre an uns gestellt werden.

Das zweite Gebiet ist das Gebiet der Arbeitsleistungen. Dieses Gebiet wird verhältnismäßig in seinem Umfange zurücktreten. Die öffentliche Meinung in Deutschland geht wohl dahin, daß wir imstande sind, einige Hunderttausend Arbeiter nach Frankreich zu senden.

Das wird kaum möglich sein.

Von den Arbeiten, die hauptsächlich für deutsche Arbeiter in Betracht kommen würden, ist viel bereits geschehen. Die landwirtschaftlichen Bodenflächen — ich kann die Zahlen nicht nachprüfen, habe aber keine Veranlassung, sie zu bezweifeln — sind, wie es scheint, zu einem starken Prozentsatz wieder hergestellt. Die Bauarbeiten sind komplizierter, als wir es uns gewöhnlich denken. Wir geben uns leicht der Vorstellung hin: es könnten neue Städte gebaut werden mit neuen Straßenzügen und neuen typisierten Häusern. Das ist nicht der Fall; das französische Gesetz verbietet es. Das französische Gesetz verlangt und der städtische Einwohner will, daß sein Haus auf den alten Fundamenten aufgebaut werde, ohne besondere Rücksicht auf Oekonomie und Einheitlichkeit. Hier siegt der Heimatssinn, der Sinn für die Häuslichkeit über die ökonomische Betrachtung. Diesen Tatsachen gegenüber können wir keine Aenderung verlangen.

Neben diesen Schwierigkeiten bestehen die Schwierigkeiten der wechselseitigen sozialpolitischen Verständigung hinsichtlich der nach Frankreich zu entsendenden deutschen Arbeiter. Leicht ist auch nicht, das Problem der Löhne zu lösen. Unsere Arbeiter haben Anspruch auf die Höhe des französischen Lohnes. Auf der anderen Seite vermindert sich in gleichem Maße das Interesse Frankreichs an deutschen Arbeitskräften, denn es fragt: Wo liegt für uns der Vorteil?

Das dritte Arbeitsgebiet ergibt sich aus den Voraussetzungen, die ich eingangs erwähnte, daß Verständigungen angebahnt werden, die dahin führen, daß wir imstande sind, einen großen Teil der französischen Aufträge auf uns zu übernehmen, ohne daß wir indessen an Frankreich größere jährliche Ansprüche stellen dürfen, als die Gutschrift derjenigen Beträge ausmacht, die im Ultimatum vorgesehen sind.

Sie sehen, meine Herren, wie die Probleme sich gliedern, und daß die Durchberatung des Programms durchaus genügte, eine Verhandlung von zwei angestrengten Arbeitstagen, die in Wiesbaden stattgefunden hat, in Anspruch zu nehmen. Die Verhandlungen haben zwei Tage gedauert. Ich habe dabei die volle Objektivität empfunden, mit der Herr Loucheur die Interessen seines Landes vertrat. Ich habe mich gefreut, einem Manne zu begegnen, der, ebenso wie ich, die Absicht hat, die großen Fragen

ohne Leidenschaft, ohne Voreingenommenheit

zu behandeln, der allerdings genau weiß, wie groß und weitgehend die Rechte sind, die sein Land uns gegenüber besitzt, und der nicht die Absicht hat, von diesen Rechten etwas aufzugeben.

Das ist die französische Seite des Problems. Ich darf jetzt einige Worte über diejenigen Aufgaben sprechen, die sich für uns in Deutschland ergeben. Wenn es gelingen sollte, in Einzelverhandlungen, die jetzt beginnen werden, die Probleme zu überwinden, die ich Ihnen bekannt gegeben habe, dann wird es nötig sein, zunächst einen Apparat zu schaffen, der reibungslos diejenigen Aufträge sammelt und aufnimmt, die uns von Frankreich gegeben werden. Dieses Problem darf nicht unterschätzt werden. Es gibt 2 800 000 Sinistrés; diese 2 800 000 müssen in der Lage sein, ihre Wünsche, ihre Bestellungen in der richtigen Form an die deutschen Stellen zu bringen. Es wird sich also um einen Organismus handeln, der in großem Umfang in der Lage ist, Aufträge von Frankreich entgegenzunehmen und sie der Bearbeitung auf deutscher Seite zuzuführen.

Ferner wird es nötig sein, in Deutschland eine solche Organisation zu schaffen, die den berechtigten Ansprüchen genügt, die einerseits von den verschiedenen Landesteilen auf Mitbeteiligung, auf der anderen Seite von den verschiedenen Berufsständen an uns gestellt werden, von denen ein jeder zum Empfang von Aufträgen berechtigt ist. Industrie und Landwirtschaft sind berechtigt, auf Aufträge zu rechnen; aber ebenso ist das Handwerk berechtigt, die Gewerkschaften haben das Recht, sich mit den Aufgaben auf das eingehendste zu befassen, und sie haben das Recht der Mitbestimmung in Fragen der Arbeitsleistung.

Es wird also einer Stelle bedürfen, die außerordentlich vielseitigen Ansprüchen gerecht wird und die dennoch — und das ist das Problem — nicht schwerfällig arbeitet, sondern ihre Aufgaben rasch und gut erfüllen kann. Daß bisher in dieser Beziehung befriedigende Verhältnisse vorliegen, wage ich nicht zu behaupten. Es ist der an sich gesunde Gedanke verwirklicht worden, die Fachverbände für Leistungen und gleichzeitig die Landesverbände für Aufteilung der Leistung nach den verschiedenen Landesgebieten heranzuziehen; aber es ist bisher durchaus nicht etwa so gegangen, daß wir sagen können, die Fachverbände hätten so rasch, so prompt und so sicher gearbeitet, wie wir das in Zukunft bei großen Aufträgen unter allen Umständen fordern müssen. Vielfach sind Preise verlangt worden, die nicht standhielten; es sind auch abseits der Fachverbände Offerten abgegeben worden, die die Offerten der Fachverbände unterboten. Hier liegen außerordentlich schwere Probleme, für die es eine mathematisch vollkommene Lösung nicht gibt. Aber die Lösung muß in dem Sinne angebahnt werden, in dem ich sie Ihnen darstellte: die Landesteile müssen möglichst gleichmäßig berücksichtigt sein, die sämtlichen Berufsstände

einschließlich des Handwerks

desgleichen, und trotzdem muß die Stelle so funktionieren, daß wir arbeiten können. Denn können wir das nicht, so geht es zu wie auf einem Rangierbahnhof, wo die Wagen sich stauen, dann kommt eine Verwirrung sondergleichen heraus. Meine Herren, ich möchte Ihnen heute noch keine Vorschläge über die Form der Organisation machen, die geschaffen werden muß; aber eines darf ich Ihnen bei allem Respekt vor einzelnen Kriegsleistungen der Wirtschaft sagen: Weder will ich eine Wumba noch eine ZEG haben. Es gibt keine Lösung, die mit 100 Prozent richtig ist. Die erste Aufgabe ist, daß es funktioniert; die zweite Aufgabe ist, daß es gerecht verteilt und keine Reparationsgewinnler schafft. Gesichert ist die Aufgabe noch nicht. Wir dürfen nicht vergessen, daß man die Rechnung ohne den Wirt nicht machen kann; wir können nicht einseitig Frankreich aufbauen, ohne daß Frankreich es will und ohne daß Frankreich den Vorschlägen zustimmt, die wir ihm machen. Ich hoffe aber, daß diese Begegnung, die die erste im engsten Kreise zwischen verantwortlichen Staatsleuten beider Länder seit Beginn des Krieges gewesen ist, zur Fortsetzung der Beziehungen führen wird und damit auch zur Auffindung einer Lösung. Gelingt es uns, die Lösung zu finden und die Lasten des Ultimatums für uns einigermaßen dadurch tragbar zu machen, daß wir sie in Sach- und Arbeitsleistungen verwandeln, so liegt nicht mehr allein eine Wirtschaftsaufgabe der Konkurrentialwirtschaft, der Geschäftswirtschaft vor, sondern dann liegt zum ersten Male eine Aufgabe einer großen Nationalwirtschaft vor; und diese Aufgabe kann dann gelöst werden, wenn die Kreise, die Sie vertreten, meine Herren, und wenn Sie selbst entschlossen sind, in nationalem Sinne daran rückhaltlos mitzuarbeiten."

*

Der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrats erörterte im zweiten Teil seiner Sitzung die Arbeitsweise. Es wurde beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reparationsausschuß bei Gelegenheit der Beratung des ersten Steuergesetzentwurfs einen eingehenden Ueberblick über die in der Regierung geplante Gesamtdeckung zu geben und dem Ausschuß die zur Beurteilung dieser Pläne erforderlichen Unterlagen zugehen zu lassen.

England und Hoefer.

Die Beurteilung der Lage in London.

London, 16. Juni.

„Daily Telegraph" meldet, daß die britische Regierung jetzt gemeinsam mit der französischen Regierung auf Zurückziehung der Truppen des Generals Höfer bestehe. Es werde jedoch keinerlei Druck auf den deutschen Selbstschutz ausgeübt werden, wenn die Insurgenten Korfantys ihr Versprechen, sich zurückzuziehen, nicht halten. In Londoner amtlichen Kreisen sei man durchaus abgeneigt, den deutschen Selbstschutz mit den polnischen Insurgenten auf gleiche Stufe zu stellen. Inzwischen sei nicht der geringste Fortschritt bezüglich der Festlegung der Grenzen in Oberschlesien gemacht worden, obwohl sechs verschiedene Grenzlinien den Alliierten vorgeschlagen wurden.

Die Säuberungsaktion der Alliierten.

Zahlreiche Orte von den Insurgenten befreit.

Oppeln, 16. Juni. (W. T. B.)

Mit Ausnahme von Schießereien bei Ellguth—Tworjan und westlich Ratibor—Hammer ist es heute nicht zu Kampfhandlungen gekommen. Durch das Einrücken der Engländer in Zembowitz sind die Polen genötigt worden, ihre Angriffe auf Pruskau einzustellen. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind jedoch die englischen Streitkräfte zu schwach, um die deutsche Bevölkerung vor den Drangsalierungen der Polen zu schützen. Der italienische Oberst Salvioni hat angeordnet, daß auf dem rechten Oderufer Ortswehren gebildet werden. Der Belagerungszustand für Ratibor ist aufgehoben worden. Englische Truppen sind in Ratibor, Klein-Althammer, Ferdinandshof, Salesche, Toppitz, Guttentag und Kostellitz eingetroffen, französische Truppen ebenfalls in Klein-Althammer und Kostellitz. Außerdem ist Jakobswalde von Franzosen, Lubom und Nensa von Italienern besetzt.

Umschlag der Bewegung ins Bolschewistische?

Rote Diktatur in Pleß.

Beuthen, 16. Juni. (Privat.)

Seit Montag herrschen im Kreise Pleß völlig chaotische Zustände. In nächster Nähe von Korfantys Hauptquartier bildete sich eine rote Armee. Der bisherige korfantysche Abteilungskommandant wurde abgesetzt. Bolschewisierte Insurgentenabteilungen verlangen von den Industrieverwaltungen und der Kaufmannschaft hohe Summen und erpreßten bereits Beträge bis 200 000 Mark. Auf mehreren Gruben des Industriereviers weht seit heute die rote Fahne, einzelne Direktionen wurden unter die Diktatur der Arbeiter gestellt.

Die Pariser Sachverständigenkonferenz.

Ein neuer Anleiheplan.

Paris, 16. Juni. (W. T. B.)

Die Konferenz der Sachverständigen der Alliierten hat heute eine vorbereitende Sitzung abgehalten. Das darin aufgestellte Programm bezieht sich, wie „Temps" mitteilt, auf die Festsetzung des fob-Preises der von Deutschland zu liefernden Kohle, die Berechnung der belgischen Schuld und die Verteilung der in Spaa festgesetzten 6½ Prozent der deutschen Entschädigung unter die Kleinmächte.

Wie „Intransigeant" mitteilt, wird in Alliiertenkreisen der Plan erwogen, anstatt, dem Londoner Abkommen entsprechend, die